

Der Fortschritt brach an einem heißen Augusttag anno 1960 über uns herein. Im Lagerhaus unseres Dorfes stapelten sich prall gefüllte Plastiksäcke, die Aufdrucke konnte ich damals als Sechsjähriger noch nicht lesen, aber ich hörte die seltsamen Namen: Kali, Thomasmehl, Superphosphat, Ammoniak, Kalkammonsalpeter, Nitrophoska. Im Angebot waren auch E 605 und Falitox CMPP. Es war die Zeit, in der ich als Bauernbub im Voralpenland aufgewachsen bin und den Beginn der Erzeugerschlächt in der Landwirtschaft erlebt habe, deren Folgen wir heute überall sehen und spüren können.

Halmberg, unser Hof, war bis dahin ein 25 Hektar großer Mischbetrieb, Ackerbau und Viehzucht, dazu etwas Wald. Auf den Weiden grasten 22 Milchkuhe. Sie mussten nicht auf Gitterrosten oder Spaldböden stehen, schliefen auf Stroh, bewegten sich von März bis Oktober unter freiem Himmel und fraßen selbst erzeugtes Grünfutter.

Seit Generationen wurden Feld und Flur nach dem Dreifelderprinzip mit jährlichen Fruchtwechseln bewirtschaftet: Sommergetreide, Wintergetreide, im dritten Jahr Brache oder Zwischenfruchtanbau. Unser Vater, den wir nach dem Patriarchen Ben Cartwright in der Westerserie *Bonanza* Pa riefen, führte die Tradition der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft fort. Seine Leitsätze: Was du aus den Tieren, Böden und Wäldern herausholst, sollst du in gleichem Maße wieder zurückgeben. Gehe sparsam mit den Ressourcen um. Halte das natürliche Gleichgewicht.

Der Alltag auf unserem Hof verlief im Rhythmus der Jahreszeiten, die Arbeit war hart und beschwerlich, Urlaub ein Fremdwort. Fleisch kam außer an Sonn- und Feiertagen nur selten auf den Tisch. Kein tippiges Leben, aber sorglose Zufriedenheit, gespeist aus der Gewissheit, dass genug für alle da war.

Als nun aber der Fortschritt kam, lud Pa einige Doppelzentner Nitrophoska und ein Sortiment Pestizide auf den Anhänger. Dank der Zaubermittel, die bei der nächsten Aussaat zum Einsatz kamen, gedieh das Getreide üppig wie nie zuvor: die Halme aufgereiht wie ein Heer, kein Unkraut weit und breit. Beim Erntedankfest protzten die Bauern des Dorfes mit ihren fetten Erträgen. Sie waren jetzt Produzenten, beglückt von den Subventionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG. Brüssel propagierte grenzenloses Wachstum, um die Ernährungssicherheit des Kontinents zu garantieren; niemand in Europa sollte nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges je wieder hungern.

Doch diese Entwicklung hat dazu geführt, dass heute Tausende zorniger Landwirte in Berlin gegen die Kürzungen von Rabatten bei Agrardiesel und der Kfz-Steuer für ihre Fahrzeuge protestieren. Im Dezember war das so, Anfang Januar erneut, und geht es nach Bauernverbandspräsident Joachim Rukwid, wird es schon bald wieder so sein. Die Proteste würden fortgesetzt, kündigte der mächtige Agrarlobbyist an, bis die Regierung ihre Kürzungspläne nicht nur abschwäche, sondern vollständig zurücknehme.

Nach Schätzungen der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO beliefen sich die direkten und indirekten Agrarsubventionen im Jahr 2021 auf weltweit rund 540 Milliarden Dollar. Von den staatlichen Zuschüssen profitieren vor allem Großproduzenten, während kleine und mittlere Betriebe nur Peanuts erhalten. Doch ihre Reihen schließen sich, wenn Privilegien beschnitten werden, wenn eine harmlose Güllerverordnung oder verschärfte Grenzwerte für Ackergifte drohen.

Kein anderer Wirtschaftszweig erhält so hohe Steuergeschenke wie die industrielle Landwirtschaft, und keiner hat so enorme Destruktivkräfte entfesselt.

Auch unser Hof bekam das zu spüren, wenglich alles zunächst gut lief. Jede technologische Innovation steigerte die Produktivität und sparte Arbeitszeit. Mutter musste beim Melken nicht mehr die schweren Milchbübel schleppen, denn wir hatten jetzt eine Absauganlage. Der hochtourige Rotormäher ersetzte den umständlichen Messerbalken. Jetzt rollten silberfarbene Mährescher über die Fluren. In jenen Aufbruchsjahren vollzog sich vermutlich die schnellste Mechanisierung in der Agrargeschichte.

Dank der Preis- und Abnahmegarantien für Agrarerzeugnisse ging es mit unserem Hof ununterbrochen bergauf, im Laufe der Jahre konnten wir alle Wohlstandsgüter anschaffen, die längst in jedem bundesdeutschen Haushalt waren, Auto, Kühlschrank, Spülkloset, Ölheizung, Farbfernseher. Wir waren mit Verzögerung im Lande des Wirtschaftswunders angekommen.

Wie Panzerfahrer auf dem Acker

Unser Autor BARTHOLOMÄUS GRILL wuchs als Bauernbub im Voralpenland auf. Der Hof seiner Eltern fiel einer Ideologie zum Opfer, für deren Erhalt die Landwirte noch heute in Berlin protestieren



Kleine Höfe wie dieser Milchviehbetrieb in der Nähe von Lübeck sind heutzutage eine Rarität

Foto: (Symbolbild) Maria Rohwedder, aus der Fotoreihe »Hofe & Hofe«

Die Agrarmarktdordnung der EWG hatte vor allem eines bewirkt: eine irrsinnige Überproduktion. Brüssel beschwor zwar den freien Markt, doch seine Politik glied eher einer kommunistischen Kommandowirtschaft, die das Prinzip von Angebot und Nachfrage ausbelebte. Die Berge von überschüssigem Getreide, Zucker, Butter, Magermilchpulver und Rindfleisch wuchsen ins Unermessliche, der Milchsee schwoll zu einem Meer an.

1984 führte die EWG Quoten ein, um die Milchherzeugung zu drosseln. Unser Hof hätte viel mehr produzieren können, aber jeder Liter Milch, der über dem genehmigten Jahreskontingent lag, wurde mit einer Superabgabe bestraft. Auf Halmberg brachen schwierige Zeiten an, denn die jährliche Referenzmenge für Milch wurde weiter abgesenkt.

Allmählich wurden auch die Folgen der Erzeugerschlächt für Natur und Umwelt spürbar. Durch die Überdüngung und den Eintrag von Nitraten hatte sich die Qualität des Grundwassers verschlechtert. An den Feldrinnen blühten die blaue Kornblume oder der Rittersporn nur noch vereinzelt. Wiesenbrüter wie Rebhühner, Wachteln oder Kiebitze waren verschwunden, Bienen, Hummeln und Glühwürmchen wurden weniger.

Die Bauern ignorierten die Kollateralschäden. Ihre Getreidefelder standen in blau-grüner Pracht, sie entwickelten ein geradezu libidinoses Verhältnis zu Kunstdünger und Pestiziden. Wie Panzerfahrer saßen sie auf ihren immer größeren und schwereren Traktoren und zogen Sprühaggregate über die Äcker, die wie monstrose Spinnen aussahen. Die Landwirte verloren jeden Bezug zur Natur und verwandelten sich in Agrarkrieger, die von unersättlichen Feldherren angetrieben wurden, von den Funktionären der Bauernverbände und den Lobbyisten agroindustrieller Konzerne.

In ganz Europa erschollen die gleichen Schlächtrufe: Modernisieren! Rationalisieren! Intensivieren! Stall bauen! Viehbestände erhöhen! Mehr Kunstdünger streuen, mehr Gift versprühen! Hektarerrträge steigern! In der EU, den USA und anderen hoch entwickelten Agrarländern wurde und wird die Erzeugerschlächt durch massive staatliche Beihilfen angetrieben. Die steigenden Produktionskosten lassen sich bei stagnierenden oder sinkenden Erzeugerpreisen nur durch Massenproduktion ausgleichen. Devise: Wache oder weiche!

Hunderttausende Betriebe konnten nicht mehr mithalten, auch in unserem Dorf kamen mehr und mehr Bauern unter die Räder. »Strukturwandel« nannten die Agrarsoziologen diese Entwicklung, eine euphemistische Umschreibung der tiefgreifenden Veränderungen im ländlichen Raum. Denn mit den Höfen starben auch die Handwerks- und Gewerbebetriebe, die von der Landwirtschaft gelebt und die Landgemeinden versorgt hatten. Schmiede, Landmaschinenmechaniker, Müller, Bäcker, Gastwirte und Lebensmittelhändler warfen das Handtuch, die Dörfer verödeten.

Die übrig gebliebenen Landwirte, überschüttet mit Subventionen, wirtschafteten noch intensiver. Im Wirtschaftsjahr 2022/23 ist ihr durchschnittliches Einkommen um satte 45 Prozent gestiegen; es liegt laut Bauernverband bei 115.400 Euro pro Betrieb, nahezu die Hälfte davon verdankt sich staatlichen Zuschüssen.

Nun gehen sie auf die Barrikaden, weil ein paar winzige Kürzungen geplant sind. Aber in Zeiten des Klimawandels werden noch viel härtere Einschnitte auf sie zukommen. Der Weltagrarrat empfiehlt eine globale Agrarwende, die schnellstmögliche Transformation des Landwirtschafts- und Ernährungssystems. Wir müssen bei Strafe des Untergangs die Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung unserer Nahrungsmittel radikal neu gestalten: klimakompatibel, ressourcenschonend, nachhaltig, sozial gerecht.

Als meine Eltern den Hof an ihren jüngsten Sohn übergaben, war ihr Einkommen auf Sozialhilfeniveau gesunken. Mein Bruder stellte auf biologischen Landbau um. Das lief anfänglich recht passabel, doch die ererbte Schuldenlast wog zu schwer, hinzu kamen undurchdachte Investitionen und private Verwerfungen. 2011 erwarb ein Eventmanager aus München den Hof. Halmberg war aus der Statistik gefallen – einer von rund einer Million deutschen Familienbetrieben, die seit den späten 1950er-Jahren aufgeben mussten.

Der Autor hat im November 2023 das Buch »Bauernsterben – Wie die globale Agrarindustrie unsere Lebensgrundlagen zerstört« veröffentlicht (Siedler-Verlag, 240 Seiten, 24 Euro)

Wahrheit statt Werbung

Unternehmen dürfen bald nicht mehr von »Klimaneutralität« sprechen, wenn sie dafür CO₂-Zertifikate gekauft haben VON HANNAH KNUTH

Der Begriff »klimaneutral« hat eine steile Karriere gemacht. Zunächst fing alles ganz harmlos an, im Supermarkt. Auf manchen Produkten prangen auf einmal Label, die etwa versprachen, eine Tüte mit Lakritzbonbons sei »CO₂-neutral« oder ein WC-Stein »klimapositiv«. Das waren die frühen Jahre. Es ging um einzelne Waren. Mehr nicht.

Es folgten die breitbeinigen Jahre. Weltkonzerne verkündeten, man habe in der gesamten Lieferkette oder im Betrieb »Klimaneutralität« erreicht. Firmen wie Gucci oder Netflix rühmten sich großer Erfolge. Nicht nur gegenüber den Verbrauchern. Auch der Politik signalisierten sie, die Transformation sei auf dem allerbesten Weg.

In der Regel basierten die Erfolge aber auf dem freiwilligen Kauf von CO₂-Zertifikaten. Das bedeutete,

dass die Firmen einen Teil ihrer Emissionen über Klimaschutzprojekte ausgleichen, in denen zum Beispiel Wälder geschützt oder Bäume gepflanzt wurden.

Vergangenes Jahr enthielt die ZEIT gemeinsam mit der britischen Tageszeitung *Guardian* und der Rechercheplattform *SourceMaterial*, dass auf dem globalen Kompensationsmarkt offenbar über Jahre Millionen wertlose CO₂-Zertifikate ausgegeben wurden, auf denen die Aussagen vieler Unternehmen beruhten. Kompensationsprojekte, die den Schutz bestehender Wälder versprachen, waren also massiv überschätzt – und damit so gut wie wertlos. Die Recherchen legten zweifelhafte Regeln, eine fehlende Aufsicht und zahlreiche Interessenkonflikte offen.

Nun hat das EU-Parlament mit großer Mehrheit entschieden, Unternehmen die Werbung mit Be-

griffen wie »klimaneutral« zu untersagen, wenn diese auf dem Kauf von CO₂-Zertifikaten beruhen.

»Investitionen von Unternehmen in Klimaschutzprojekte sind weiter willkommen, und natürlich dürfen sie auch kommuniziert werden«, sagt die Vorsitzende des EU-Binnenmarktausschusses, Anna Cavazzini. »Nur darf eben nicht mehr der Anschein entstehen, dass das Baumplanzen im Regenwald die industrielle Produktion eines Autos klimaneutral macht.« Die Verhandler des Ministerrates der EU haben sich mit dem Parlament bereits über die Richtlinie geeinigt. In den nächsten Wochen soll der Rat endgültig zustimmen. Deutschland hat dann 24 Monate Zeit, die Richtlinie in ein nationales Gesetz umzuwandeln. Damit endet vorerst die Begriffs-karriere. Für Unternehmen ist eine »Klimaneutralität«

ohne die Kompensation von Restemissionen auf abschbare Zeit nicht zu erreichen.

Mehrere Unternehmen haben im vergangenen Jahr ihre Aussagen zurückgezogen oder sind aus der Kompensation ausgestiegen, darunter Gucci und Nestlé. Andere werben nach wie vor mit einer »Klimaneutralität«, die auf dem Kauf von CO₂-Zertifikaten beruht – und bekommen nun ein Problem.

Volkswagen zum Beispiel. Der Konzern, der sein Elektroauto ID-Buzz als »klimaneutral« verkauft, teilt mit, man sei bereits dabei, die Kommunikation anzupassen. Die Entscheidung gehe aber vor allem auf veränderte Kundenansprüche zurück. Kompensieren wolle man grundsätzlich weiter.

Das Unternehmen Tier Mobility, das europaweit E-Scooter und E-Fahrräder verleiht, will neue Fahr-

zeuge nicht mehr als »klimaneutral« in den Verkehr bringen. In Verhandlungen mit den Partnerstädten werde man nicht mehr damit werben.

Die EU-Richtlinie sieht vor, auch unseriose und selbst ausgesuchte Nachhaltigkeitsiegel zu verbieten. Solche Label sollen künftig nur noch auf offiziellen Zertifizierungssystemen beruhen oder von staatlichen Stellen eingeführt worden sein. Jede Klimaaussage soll überprüfbar sein.

Erste Verbände warnen bereits vor den Folgen der Richtlinie. »Wenn der bürokratische Umfang einer solchen Überprüfung nicht praxistauglich ist, werden jegliche Anstrengungen für nachhaltige Innovationen bereits im Ansatz erstickt«, sagt Christian Köhler, der Geschäftsführer des Markenverbands, zu dem etwa Bayer, Coca-Cola und die Deutsche Bank gehören.